Die strafrechtliche Haftung des verantwortlichen Redakteurs.

Von Reichsgerichtsrat Freiherrn von Bülow.

Es traf sich zufällig, daß die Schrift des Professors Dr. Fr. Detker: „Die strafrechtliche Haftung des verantwortlichen Redakteurs“ (Stuttgart, Verlag von Ferdinand Enke 1893) und meine Abhandlung: „Der verantwortliche Redakteur und seine strafrechtliche Haftung (in Goldhamers [jetzt Meves'] Archiv Bd. 40 Heft 5) fast gleichzeitig erschienen. Dadurch ist es veranlaßt worden, daß meine Abhandlung auf die Detkerschen Ansichten überhaupt nicht eingegangen ist. Detker teilt in den Notizen einzelne — aus dem Zusammenhang losgelöste — Sätze aus meiner Abhandlung mit, die aber meine Ansicht und deren Begründung nicht deutlich erkennen lassen. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes wird es daher gerechtfertigt sein, an dieser Stelle die Detkersche Schrift näher zu besprechen, vorher aber meine Ansichten nochmals näher zu begründen.

Es handelt sich um zwei Fragen:

- 1) wer ist der verantwortliche Redakteur?
- 2) worin besteht das Wesen seiner durch das Reichs-Pressgesetz (vom 7. Mai 1874) normierten strafrechtlichen Haftung?

In beiden Fragen bin ich grundsätzlich anderer Meinung als Detker.

I. Die erste Frage bildete den Hauptgegenstand meiner erwähnten Abhandlung, während Detker sie nur nebenbei (§. 9—12) behandelt.

Es waren bisher drei Meinungen vertreten, nämlich:

1. verantwortlicher Redakteur ist, wer als solcher auf der einzelnen Nummer der periodischen Druckschrift mit seinem Wissen und Willen angegeben ist;

2. verantwortlicher Redakteur ist, wer thatsächlich in Bezug auf die einzelne Nummer die Redaktionsthätigkeit ausgeübt hat;
3. verantwortlicher Redakteur ist, wer auf der bestimmten einzelnen Nummer benannt und außerdem auch „wirklicher Redakteur“ ist.

Die erste Meinung ist die in der Litteratur vorherrschende (v. Schwarze, Loening, Rah, Koller u. a.). Loening formuliert sie folgendermaßen:

„Verantwortlicher Redakteur ist derjenige und nur derjenige, welcher mit seinem Wissen und Willen auf den einzelnen Nummern einer periodischen Druckschrift genannt ist. — Verantwortlicher Redakteur wird man erst durch die freiwillige Benennung als solcher.“

Diese Ansicht ist mit dem Wortlaut des Gesetzes unvereinbar, wie das Reichsgericht bereits in dem Urteile vom 24. Juni 1890 (E. Bd. 21 S. 23) ausgeführt hat. Die Vorschriften der §§ 7, Absatz 1 und 2, §§ 10, 11, 18 Nr. 2 setzen sämtlich einen dauernd und schon vor der Benennung auf der einzelnen Nummer vorhandenen verantwortlichen Redakteur voraus. Loening muß dies auch selbst zugeben (S. 19 bis 20, 17), er sagt wörtlich:

„In der That ist der Gesetzgeber bei Aufstellung des § 7 von einer solchen Meinung beherrscht gewesen, aber auch hier (wie bei den §§ 10 und 11) im Irrtum über den anderweiten Inhalt seines eignen Gesetzes gewesen.“

Ein solches Verfahren bei der Auslegung eines modernen Gesetzes von 31 Paragraphen ist in keiner Weise zu rechtfertigen.

Der Ansicht Loenings, v. Schwarzes usw. liegt der Gedanke zu Grunde, die strafrechtliche Haftung beruhe darauf, daß der sich Nennende erklärt habe, die Verantwortung übernehmen zu wollen. Auf Grund solcher öffentlich „vor aller Welt“ abgegebenen Erklärung sei er haftbar. Diese Auffassung widerspricht allen Grundsätzen des heutigen Strafrechts; durch bloße Erklärungen, haften zu wollen, die Verantwortung übernehmen zu wollen u. dergl., kann eine kriminelle Schuld nicht begründet werden. Aber eine derartige Anomalie ist auch keinesweg von der Reichstags-Kommission, auf deren Beschlüssen der § 20 beruht, be-

abichtigt gewesen. Vielmehr wird in dem Bericht ausdrücklich hervorgehoben:

„Die Verantwortlichkeit des Redakteurs bezieht sich recht eigentlich auf den Inhalt der Schrift, und es sinkt dieselbe zu einer bloßen Phrase herab, wenn man ihr nicht eine reale Bedeutung vindiziert und nicht letztere aus der Natur des Redaktionsgeschäfts ableitet.“

Im Anschluß hieran wird dann in dem Bericht weiter gesagt, es könne nicht als eine unzulässige Fiktion oder Präsumtion bezeichnet werden, wenn man der vom verantwortlichen Redakteur an der Spitze des Blatts „öffentlich gegen alle Welt“ abgegebenen Erklärung, daß er verantwortlich für den gesamten Inhalt sei, Glauben schenke, da die Erklärung in der Regel dem wahren Sachverhalt entspreche. Einer Erklärung (bis zum Beweise des Gegenteils) Glauben schenken und die Erklärung zum Rechtsgrunde der Verpflichtung machen, ist doch ein himmelweiter Unterschied! Unvereinbar ist die Loening- v. Schwarzesche Ansicht, namentlich mit dem § 18 des Gesetzes. Nach diesem werden mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu sechs Wochen bestraft:

Zuwiderhandlungen gegen den § 7, welche durch falsche Angaben mit Kenntnis der Unrichtigkeit begangen werden. Dieselbe Strafe soll den Verleger einer periodischen Druckschrift treffen, wenn er wissentlich geschehen läßt, daß auf derselben eine Person fälschlich als Redakteur genannt wird.

Das Gesetz nimmt also einen Widerspruch zwischen der Angabe (Nennung) und dem wirklichen Sachverhalt als möglich an. Damit ist es nicht zu vereinigen, daß man „verantwortlicher Redakteur“ durch Nennung und nur durch diese werde.

Die von mir bekämpfte Ansicht begünstigt aber ferner offenbar das Institut der sogenannten Strohänner oder Sigredakteure, welches nach der Intention des Gesetzes gerade durch Einführung einer wirksamen Verantwortlichkeit der bei den Preßerzeugnissen thätig gewesenen Personen möglichst verhindert werden sollte (Kommissions-Bericht S. 9). Wird man verantwortlicher Redakteur durch die Nennung und nur durch diese, so kann die Redaktion oder der Unternehmer sich irgend ein verkommenes Subjekt halten, welches sich als verantwortlicher Redakteur nennen läßt, dadurch

„öffentlich gegen alle Welt“ erklärt, haften zu wollen und auf Grund dieser Erklärung die Strafen auf sich nimmt, ohne irgend welchen wirklichen Einfluß auf die Leitung des Blattes zu besitzen. Dies wäre dann in der That eine lediglich fingierte Thäterschaft! Also Wortlaut des Gesetzes, ratio legis, praktische Konsequenzen; alles spricht gegen die Loening-Schwarzsche Ansicht.

Eine zweite Meinung geht, wie oben erwähnt, dahin:

Die tatsächliche Ausübung der Geschäfte des „verantwortlichen Redakteurs“ begründet diese Eigenschaft, selbst wenn er demnächst als solcher auf der von ihm redigierten Zeitungsnummer nicht genannt ist.

Diese Ansicht wird vertreten in dem Urteil des Reichsgerichts vom 24. Juni 1890 (C. Bd. 21 S. 27). Ob das Reichsgericht daran festhalten wird, steht dahin. Einzelne Äußerungen in spätern Urteilen lassen erkennen, daß es an einem klaren, festen Standpunkte bisher fehlt.

In der Litteratur vertritt Honigmann („Die Verantwortlichkeit des Redakteurs“) die gleiche Ansicht, indem er S. 116 ff. ausführt:

Die Benennung einer Person enthalte nicht das Eingehen einer Obligation, wodurch der Benannte zum verantwortlichen Redakteur werde, sondern ein außergerichtliches Geständnis, daß er Redakteur der betreffenden Nummer gewesen sei. Bis dahin, daß dieses Geständnis widerlegt sei, werde man ihn immer als verantwortlichen Redakteur ansehen müssen.

Danach sollte man annehmen, Honigmann könnte die auf S. 119 gestellte Frage:

„Wer ist denn nun eigentlich der verantwortliche Redakteur?“

nur dahin beantworten:

„Derjenige, der die einzelne Nummer tatsächlich redigiert hat.“

Anstatt dessen beantwortet er sie dahin:

„Derjenige, der die infriminierte Nummer tatsächlich redigiert hat oder kraft seiner Stellung in Gewißheit seiner Redaktionspflicht hätte redigieren sollen.“

Dadurch verliert sich §. völlig ins Unklare und Unbestimmte. Denn was soll nun gelten, wenn eine Person da ist, die thatsächlich redigiert hat, aber nicht hätte redigieren sollen, und eine zweite Person, die kraft ihrer Stellung hätte redigieren sollen, thatsächlich aber nicht in Thätigkeit getreten ist. Wer von den beiden ist nun der aus § 20 Absf. 2 betr. § 21 Gef. haftende „verantwortliche Redakteur?“

Der in dem angezogenen Urteil des Reichsgerichts vertretenen Auffassung steht aber ebenso wie jener ersten Meinung entgegen, daß das Gesetz, wie die Einzelvorschriften in den §§ 7, 10, 11 ergeben, unter dem verantwortlichen Redakteur sich ein dauernd vorhandenes und nicht mit jeder einzelnen Nummer entstehendes und vergehendes Rechtssubjekt denkt. Aber auch mit der offenkundigen ratio legis ist die Auffassung des reichsgerichtlichen Urteils nicht zu vereinbaren. Der Hauptzweck der Bestimmung des § 20 Absatz 2 war, wie der Kommissionsbericht klar ergibt, die Abstellung der Schwierigkeiten, auf die bisher der Schuldbeweis gestoßen war. Dieser Zweck würde aber bei jener Ansicht im wesentlichen vereitelt werden. Denn der § 20 Absatz 2 sagt nur, was gegen den „verantwortlichen Redakteur“ angenommen werden soll, setzt aber voraus, daß seine Person bekannt und feststehend sei. Wie würde nun praktisch mit der Bestimmung auszukommen sein, wenn stets der Beweis erbracht werden müßte, daß der Angeklagte in Bezug auf die einzelne Nummer die Redaktionsthätigkeit ausgeübt hat? Es tritt aber das weitere Bedenken hinzu, daß bei einer größern Zeitung die Redaktionsthätigkeit, d. h. die Sammlung, Ordnung und Sichtung des Materials für eine Nummer des Blattes in der Regel gar nicht in einer Hand liegt. Vielmehr schicken, wie mir von zuverlässiger Seite mitgeteilt ist, die verschiedenen Mitglieder der Redaktion solche Beiträge, welche in ihr Ressort gehören, direkt in die Druckerei, und diese führt auf Grund ihrer Kenntnis der Handschriften der Redakteure den Druck aus, ohne jedesmal die Genehmigung des verantwortlichen Redakteurs einzuholen. Dieser kann aber trotzdem die Verantwortung tragen, weil er bei gehöriger Wahrung seiner Stellung sicher ist, daß die andern Redakteure zweifelhafte Sachen ihm vorher unterbreiten. Endlich widerspricht es auch dem allgemeinen Sprachgebrauch, denjenigen als „Redakteur“ eines Blattes zu bezeichnen, der in einem einzelnen Fall die Redaktionsgeschäfte ausgeführt hat. Man nennt

ja auch nicht den einen Friseur, der einmal sich oder einen andern frisiert hat, oder einen Claqueur, der bei besonderer Gelegenheit einmal Beifall geklatscht hat.

Eine dritte Ansicht vertritt v. Liszt, indem er (Preßrecht § 11) bemerkt:

„Der Begriff des verantw. Redakteurs setzt sich aus zwei Momenten (einem formellen und einem materiellen) zusammen:

- a) die betreffende Person muß auf der periodischen Druckschrift genannt sein. In dieser Nennung liegt die Übernahme der Verantwortung¹⁾, die Erklärung, für die Erfüllung der dem verantwortlichen Redakteur durch den Gesetzgeber überwiesenen Verbindlichkeiten eintreten zu wollen. Ohne diese Erklärung kann die Verantwortung nicht entstehen; und
- b) der Genannte muß auch wirklicher Redakteur sein, die Nennung muß den Thatfachen entsprechen. Es ist erforderlich, aber auch genügend, wenn ihm die Oberaufsicht über den Gesamtgang der Redaktionsgeschäfte nach der Richtung übertragen ist, daß er den Inhalt jeder Nummer auf seine etwaige kriminelle Bedeutung zu prüfen hat.“

Detker schließt sich im wesentlichen der letztern Ansicht an. Allerdings enthält diese auch einen wesentlichen Fortschritt in der richtigen Erkenntnis, insofern sie wenigstens nicht ausschließlich der Nennung maßgebende Bedeutung beilegt. Aber sie hält doch daran fest, daß ohne die Nennung auf der einzelnen Nummer des Blattes die Verantwortung nicht entstehen könne. Bereits oben ist darauf hingewiesen worden, daß nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen der Erklärung, strafrechtlich verantwortlich sein zu wollen, keine entscheidende Bedeutung beizumessen könne. Detker wendet hiergegen ein (Anmerkung 17 S. 39): ich hätte gegenteilige Auffassungen des ältern Rechts und ihre Residuen „außer acht gelassen“. Der Vorwurf ist aber unbegründet. Ich habe fundatam intentionem, wenn ich bei der Erklärung eines der Gegenwart angehörenden Gesetzes von den Anschauungen und Prinzipien des heutigen Rechts ausgehe. Detker hätte den

¹⁾ Ist dies ein bloß „formelles Moment“?

Nachweis führen müssen, daß das Reichspressgesetz bei der Bestimmung des Begriffs von atavistischen Rechtsanschauungen ausgegangen sei, und er hätte weiter darlegen müssen, daß und inwiefern die Fassung des Gesetzes den nach seiner Meinung zu Grunde liegenden Gedanken zum Ausdruck bringt. Einen solchen Nachweis hat er aber nicht erbracht. Er sagt (S. 9):

Das Gesetz verlangt im § 7, daß die Zeitung auf jeder Nummer den Namen und Wohnort des verantwortlichen Redakteurs enthalte. . . . Wenn dann in der Folge dem verantwortlichen Redakteur besondere Pflichten und Haftungen auferlegt werden, so kann es nicht zweifelhaft sein, daß die auf der Zeitung genannte Person gemeint ist. Daraus folgt zugleich, daß beim Fehlen der vorschriftsmäßigen Benennung insoweit (?) ein verantwortlicher Redakteur nicht existiert.

Ich bestreite die Schlüssigkeit dieser Begründung.

Wenn das Gesetz vorschreibt, der verantwortliche Redakteur ist auf jeder Nummer zu nennen, so folgt daraus keineswegs, daß durch Unterlassung der vorgeschriebenen Nennung der verantwortliche Redakteur zu existieren aufhört. Detker scheint durch die Wendung, „insoweit nicht existiert“, den Ausweg offen halten zu wollen, daß nur insoweit, als das Gesetz dem verantwortlichen Redakteur besondere Pflichten und Haftungen auferlege, die Existenz desselben von der Nennung abhängig sei, im übrigen aber nicht. Diese Unterscheidung ist aber unhaltbar. Ein verantwortlicher Redakteur, dem keine Pflicht und keine Haftung auferlegt ist, gleicht dem Messer ohne Heft und Klinge, ist ein Unbing, eine *contradictio in adjecto*. Richtig bemerkt daher Detker in der Note 13, das Gesetz kenne nur einen einheitlichen Begriff des verantwortlichen Redakteurs. Aber wozu dann die unklare Wendung, daß im Falle der unterbliebenen Nennung der verantwortliche Redakteur „insoweit“ nicht existiere?

Allen bisher besprochenen Ansichten gegenüber halte ich an meiner in der cit. Abhandlung verteidigten Auffassung fest:

Verantwortlicher Redakteur ist derjenige, dem vom Eigentümer des Blattes die Stellung eines Redakteurs mit der besondern Obliegenheit übertragen ist, die Aufsicht über die Redaktion in strafrechtlicher Beziehung zu führen.

Ist überhaupt nur ein Redakteur vorhanden, so ist er notwendig auch der verantwortliche Redakteur, gleichviel ob er auf der einzelnen Nummer genannt ist oder nicht. Sind mehrere Redakteure vorhanden, so kann einer der Chef-Redakteur, d. h. der Oberleiter des Blattes in politischer, wissenschaftlicher usw. Beziehung sein. Es ist aber nicht nötig, daß ein solcher Chef-Redakteur vorhanden sei. Es ist ferner nicht nötig, daß der Chef-Redakteur, wenn ein solcher da ist, auch die Stellung des verantwortlichen Redakteurs habe. Das Gesetz verlangt aber, daß ein für allemal ein verantwortlicher Redakteur für das Blatt, beziehungsweise die bestimmt abgegrenzten Teile desselben, vorhanden sei. Dieser ist es, dem die in den §§ 10, 11 des Gesetzes bezeichneten Pflichten obliegen; er ist es ferner, der gemäß den §§ 20 Abs. 2 und 21 für den strafbaren Inhalt der Druckschrift haftet. Der Grund der gegen ihn aufgestellten Rechtsvermutungen (§ 20 Abs. 2, § 21) liegt darin, daß er eine Stellung bekleidet, die ihm das Recht gibt und die Pflicht auferlegt, die für jede Nummer bestimmten Beiträge zu prüfen und ihre Aufnahme zu untersagen, wenn sie einen strafbaren Inhalt haben. Der Grund der Haftung aus § 20 aber ist die Thäterschaft, entweder wirklich bewiesene (Abs. 1) oder kraft der Präsumtion als bewiesen anzunehmende (§ 20 Abs. 2).

Daß man der „Nennung“ des Redakteurs²⁾ eine rechtsbegründende Kraft beigelegt, sie zu einem notwendigen Begriffsmerkmal des „verantwortlichen Redakteurs“ gemacht hat, beruht nur auf mißverstandenen Äußerungen des Kommissionsberichts (f. o.) und auf unklaren Redewendungen einzelner Parlamentarier. Das Gesetz selbst gewährt dieser Ansicht gar keine Stütze, schließt sie vielmehr aus.

Vorgeschrieben aber ist die Nennung (§ 7), damit das beteiligte Publikum (§§ 10 und 11 Preßges., § 61 St.G.B.) und die Be-

²⁾ In Deutschland hat auch im praktischen Gergang bei der Presse die Nennung gar keine erhebliche Bedeutung. In Frankreich muß der gérant das Manuskript wirklich auch zeichnen (signer), außerdem muß sein Name auf dem Blatte gedruckt sein. Ein Zeichnen findet aber in Deutschland gar nicht statt, die Druckerei druckt ohne weiteres immer von neuem den ihr einmal bekannt gemachten Namen wieder (auch wenn faktisch der Betreffende gar nicht redigiert und gar nichts „erklärt“ hat).

hören, ohne erst weitere Nachforschungen anstellen zu müssen, Kenntnis davon erlangen, wer bei dem betreffenden Blatte als „verantwortlicher Redakteur“ fungiert und an wen man sich deshalb zu halten hat. Strafrechtlich ist die Benennung auch bei dieser Auffassung von großer Bedeutung. Sie enthält nämlich die eigne Erklärung des sich Nennenden, daß er der verantwortliche Redakteur sei. Dies begründet nicht die Haftung, aber es bewirkt, daß die Anklagebehörde weiß, wen sie gemäß § 20 Abs. 2 oder § 21 des Preßgesetzes zur Verantwortung ziehen kann. Das Gericht aber hat eine Person vor sich, die selbst erklärt hat, sie sei derjenige, dem das Gesetz (§ 20 Abs. 2 und § 21) eine besondere Haftung auferlegt. Der Richter kann diese Erklärung für widerlegt erachten, wenn Gegenbeweise vorliegen; fehlt es aber an solchen, so steht nichts entgegen, der Erklärung ohne weiteres Glauben zu schenken.

Legt man der Nennung diese Bedeutung bei, so genügt sie in Verbindung mit der im § 20 Abs. 2 aufgestellten Rechtsvermutung völlig dem Zwecke des Gesetzes, der ausgesprochenenmaßen darin bestand, die bisher hervorgetretenen übergroßen Schwierigkeiten der Führung des Schuldbeweises zu beseitigen. Andererseits aber wird das (auch mit der v. Liszt-Detterschen Ansicht verbundene) unannehmbare Resultat vermieden, daß nämlich der „wirkliche Redakteur“ die Haftung aus dem Preßgesetze (§ 20 Abs. 2 und § 21) einfach dadurch vereiteln kann, daß er die Nennung auf dem Blatte unterläßt, sobald das Blatt etwas Strafbares bringt.

Nach der von mir vertretenen Ansicht muß es auch als inkorrekt und, streng genommen, nach § 19 Nr. 1 strafbar angesehen werden, wenn einzelne Blätter, anstatt „den verantwortlichen Redakteur“ zu nennen, den Vermerk enthalten: „für die Redaktion verantwortlich: R. R.“ Das entspricht der falschen Loening-v. Schwarzenfeldschen Ansicht. Das Gesetz will aber nicht, daß ein beliebiger Mensch sich nennt und damit erklärt: ich will die Verantwortung übernehmen, sondern es soll „der verantwortliche Redakteur“ genannt werden, d. h. die Person, die mit der Oberaufsicht betraut ist und die feste Stellung bei dem Blatte einnimmt. Unterbleibt diese vorgeschriebene Nennung, so tritt eine Bestrafung wegen Ordnungswidrigkeit (§ 19 Z. 1) ein, aber nicht eine Befreiung des wirklichen verantwortlichen Redakteurs von der ihm im Gesetze auferlegten strafrechtlichen Haftung.

Böllig im Einklange hiermit steht auch die historische Entwicklung, wie ich sie näher in meiner citierten Abhandlung dargelegt habe. Nach französischem Rechte (Ges. v. 18. Juli 1828) war der *gérant responsable* in der Anzeige, die dem Erscheinen des Blattes vorhergehen mußte, der Behörde namhaft zu machen. (So auch noch jetzt nach dem französischen Gesetze über die Presse vom 29. Juli 1881.) In der deutschen Gesetzgebung, die seit dem badiſchen Gesetze vom 28. Dezember 1831 an das französische Recht anknüpfte, trat an die Stelle des *gérant responsable* der „verantwortliche Redakteur“. Einige Gesetze (z. B. das königlich sächsische) hielten daran fest, daß der „verantwortliche Redakteur“ von vornherein der Polizeibehörde namhaft gemacht und von jeder Änderung Anzeige gemacht werden müsse. Andre Gesetze (z. B. das preussische und das bayerische) forderten, es solle der verantwortliche Redakteur auf jedem Blatte, Stücke oder Hefte benannt sein, gewisse Gesetze (z. B. das württembergische) forderten beides: vorherige Anzeige des „verantwortlichen Redakteurs“ bei der Behörde und Nennung auf jeder Nummer des Blattes. Stets wurde aber ein dauernd und fest ein für allemal bestellter „verantwortlicher Redakteur“ vorausgesetzt. Nirgends findet sich eine Andeutung, daß die Benennung auf der einzelnen Nummer eine Existenzbedingung oder ein notwendiges Begriffsmerkmal des „verantwortlichen Redakteurs“ sei. In der ganzen Rechtsentwicklung haben die Bestimmungen über die Anzeige bei der Behörde und über seine Nennung auf den einzelnen Nummern des Blattes nur die Bedeutung einer Ordnungs- und Kontrollvorschrift, einer gesetzlichen Maßregel gehabt, die den Behörden den Zugriff erleichtern soll. Nichts spricht dafür, daß das deutsche Pressgesetz vom 7. Mai 1874 mit dieser konstanten Auffassung habe brechen und der Nennung plötzlich eine so ganz andre Bedeutung geben wollen. Loening hat sich von der Erkenntnis der richtigen Ansicht nur dadurch abhalten lassen, daß er meint, die Bestellung einer Person zum verantwortlichen Redakteur sei, nachdem die Anzeige bei der Staatsbehörde weggefallen, ein „reiner Privatakt“, an den sich „öffentliche Wirkungen“ nicht anschließen können. Das ist ein Irrtum. Es gibt viele Privatakte, an die sich öffentlichrechtliche Wirkungen anschließen, z. B. der Erwerb eines Gutes, die Eheschließung, die Bestellung eines Stellvertreters durch einen Fabrikbesitzer (§ 151 der Gewerbeordnung). Übrigens befindet sich

Loening auch in offenbarem Widerspruche mit sich selbst. Denn auf S. 93 führt er aus:

Das bayerische und das preussische Gesetz verlangten keine Anzeige von der Bestellung des verantwortlichen Redakteurs: deshalb sei die der Nennung vorhergehende Bestellung ein „reiner Privatakt“, an den sich öffentliche Wirkungen nicht anschließen könnten.

Auf S. 19 hebt er dagegen mit Recht hervor, daß das preussische Gesetz vom 12. Mai 1851, § 22 einen bestimmten, von vornherein für das ganze Unternehmen bestellten verantwortlichen Redakteur voraussetze und der § 24 nur vorschreibe, daß jede Nummer der Zeitung den Namen dieses (von vornherein und ein für allemal bestellten) Redakteurs enthalten müsse. Das läßt sich doch gar nicht anders verstehen, als daß nach dem Preussischen Gesetze schon „der reine Privatakt“ der Bestellung öffentliche Wirkungen (nämlich das Vorhandensein eines „verantwortlichen Redakteurs“ im Sinne jener Preßgesetze) zur Folge hatte.

Schließlich mag noch bemerkt werden, daß das ehemalige Preussische Obertribunal auf dem von mir vertretenen Standpunkt gestanden hat (Urt. v. 16. Mai 1876 in Goldhammers Archiv Bd. 24 S. 477)³⁾. Auch das Urteil des Reichsgerichts (C. Bd. 23 S. 274) spricht von einer „mit einem verantwortlichen Redakteur ausgestatteten periodischen Druckschrift“ und der „Bestellung“ dieses Redakteurs. Damit kann auch nur ein dauernd vorhandener, ein für allemal bestellter, nicht aber ein mit jeder Nummer erst durch Nennung entstehender und wieder vergehender „verantwortlicher Redakteur“ gemeint sein.

II. Die zweite Frage:

Worin besteht das Wesen der „dem verantwortlichen Redakteur“ einer periodischen Druckschrift durch das Reichspreßgesetz (§ 20 Abs. 2 und § 21) auferlegten strafrechtlichen Haftung?

bildet den Hauptgegenstand der Detkerschen Schrift; ich hatte sie in der citierten Abhandlung nur kurz (S. 1—2) behandelt, weil das Reichsgericht der von mir vertretenen Ansicht in dem Urteile der vereinigten Strafsenate vom 6. Juni 1891 (C. B. 22 S. 65) beigetreten ist, und weil dadurch die Frage bis auf weiteres für die

³⁾ Eine nähere Begründung fehlt allerdings.

Praxis ihre Erlebigung gefunden hat. Da indessen jetzt Detker die Auffassung des Reichsgerichts lebhaft bestreitet und völlig abweichende Ansichten aufstellt, halte ich eine ausführlichere Verteidigung der eignen Ansicht für geboten und werde erst im Anschlusse daran den Detkerschen Standpunkt einer nähern Besprechung unterziehen.

Der § 20 des Preßgesetzes stellt in Abs. 1 die Presse unter die allgemeinen Strafgesetze. Nur für die periodische Presse wird in Abs. 2 eine Ausnahmegestimmung getroffen.

„Ist die Druckschrift eine periodische, so ist der verantwortliche Redakteur zu bestrafen, wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Thäterschaft ausgeschlossen wird.“

Diese Bestimmung ist ihrem Wortlaute nach mehrdeutig und zwar deshalb, weil der Ausdruck „besondere Umstände“ in verschiedenem Sinne verstanden werden kann. Das Besondere bildet den Gegensatz zum Abstrakten, Allgemeinen, und ist dann gleichbedeutend mit „konkret“⁴⁾. In diesem Sinne würde die Bestimmung bedeuten: der verantwortliche Redakteur gilt als Thäter, wird als Thäter angesehen, wenn nicht nach den besondern Umständen, d. h. nach der festgestellten konkreten Sachlage die Annahme der Thäterschaft ausgeschlossen ist. Versteht man den Satz so, dann handelt es sich offenbar lediglich um eine Rechtsvermutung, eine Abweichung von dem prozessualen Grundsatz, daß dem Angeklagten die Begehung der That nachgewiesen werden muß. Die Grundsätze des materiellen Strafrechts bleiben gänzlich unberührt. Ergeben also die nachgewiesenen konkreten Umstände — mögen diese bestehen worin sie wollen — daß der verantwortliche Redakteur nicht der Thäter gewesen ist oder daß er nicht mit dem im Gesetze vorausgesetzten Dolus gehandelt hat, so kann er auch nicht als vorsätzlicher Thäter bestraft werden.

Aber das Wort „besonders“ wird auch in der Bedeutung von eigentümlich, ungewöhnlich, besonders geartet gebraucht. Nimmt man das Wort in diesem Sinne, so enthält der § 20 Abs. 2 mehr als eine bloße praesumptio juris, er zwingt den Richter zur An-

⁴⁾ So wird das Wort sehr häufig in gerichtlichen Entscheidungen, namentlich auch des Reichsgerichts, gebraucht. Man braucht abwechselnd die Ausdrücke: die „besondern“, die „konkreten“, die „vorliegenden“ Umstände. Ebenso auch schon Allg. Preuß. Landr. I. II Tit. 20 § 815.

nahme vorsätzlicher Thäterschaft, auch wenn er durch die Beweisaufnahme die Überzeugung gewonnen hat, daß nicht der volle (objektive und subjektive) Thatbestand vorliegt; nur wenn die besonders gearteten Umstände vorliegen, die der § 20 Abs. 2 im Auge hat —, ist die Annahme der Thäterschaft ausgeschlossen. Legt man diese Bedeutung des Wortes „besonders“ zu Grunde, so ist die Bestimmung nicht ohne weiteres verständlich. Denn es würde völlig im Dunkeln bleiben, inwiefern die Umstände besonders geartet sein müssen und welches das begriffliche oder charakteristische Merkmal der besondern Beschaffenheit ist. Es geht auch nicht an, die normalen, gewöhnlichen Umstände, von denen sich die „besondern“ als anormale oder ungewöhnliche unterscheiden sollen, aus der eigentümlichen Natur der Redaktionsthätigkeit und der Verhältnisse bei der periodischen Presse überhaupt abzuleiten. Denn der vom Gesetz vorausgesetzte normale Hergang ist der, daß der verantwortliche Redakteur die Beiträge seiner Mitarbeiter, die für die Zeitung bestimmt sind, prüft und je nach dem Ausfall der Prüfung sie zum Drucke befördert oder die Aufnahme beanstandet (vgl. Kommissionsbericht S. 10). Der regelmäßige gewöhnliche Sachverhalt ist also, daß das, was die Zeitung enthält, mit Wissen und Willen des verantwortlichen Redakteurs hineingekommen ist, daß er also der wirkliche Thäter ist, wenn ein Artikel strafbaren Inhalts sich in der Zeitung findet. Will man nun alle Umstände, die von diesem gewöhnlichen, regelmäßigen Hergange abweichen, „besondere“, d. h. außergewöhnliche, eigentümliche nennen, so sagt das eben nichts anderes, als „besondere“ Umstände in jenem ersten Sinne, d. h. alle konkreten, vorliegenden Umstände, die die wirkliche Thäterschaft ausschließen. Sobald der Ausdruck „besondere“ Umstände einen andern Sinn haben soll, ist man lediglich auf Mutmaßungen und rein subjektive Konstruktionen angewiesen⁵⁾.

Der erste Vertreter und Begründer der Ansicht, daß die „besonderen Umstände“, von denen der § 20 Abs. 2 spricht, soviel wie „außerordentliche“, „ungewöhnliche“ Umstände bedeuteten, ist v. Schwarze, der diese Ansicht schon als Redner im Reichstage vertreten hat (Stenogr. Ber. S. 1094). Indessen ist v. Schwarze, so verdienstvoll seine Leistungen auf dem Gebiete des Strafrechts sonst sind, in dieser Frage niemals zu einer klaren, festen und bestimmten Anschauung gelangt, da seine verschiedenen Äußerungen

⁵⁾ Das zeigt sich auch bei Dettler, wie sich weiter unten ergeben wird.

über Sinn und Bedeutung des § 20 Abs. 2 sich einander völlig widersprechen. Denn er sagt S. 1095 Stenogr. Ber.:

„Wir haben scharf ausdrücken wollen, daß alle diejenigen Momente, welche geeignet sind, die Verantwortlichkeit des Thäters auszuschließen, auch dem Redakteur zu gute kommen.“

Danach müßte offenbar thatsächlicher, wenn auch fahrlässig verschuldeter Irrtum nach § 59 St.G.B. die Bestrafung des Redakteurs als vorsätzlichen Thäters ausschließen. Es läge eine reine, unverfälschte praesumptio juris vor.

Nach S. 1094 der Sten. Ber. aber äußert v. Schwarze im vollen Gegensatz⁶⁾ dazu:

„Man kann einfach sagen: Der Redakteur lehnt die Verantwortlichkeit dann mit Erfolg ab, wenn er nachweist, daß ihm der strafbare Inhalt bei der Veröffentlichung unbekannt war und diese Unkenntnis nicht auf seinem Verschulden beruht.“

Dieser letztern Anschauung hatte sich das Reichsgericht in den ersten Jahren angeschlossen (vgl. E. B. 1 S. 14, B. 2 S. 28 und Rechtsprech. B. 4 S. 352, B. 8 S. 57). Namentlich in dem zuletzt-erwähnten Urteile hieß es auf S. 333—354:

Endlich kann es ihn (den verantwortlichen Redakteur) nicht entschuldigen, wenn die Kenntnis, die er von dem Inhalt des Blattes genommen hat, eine so ungenaue und flüchtige gewesen ist, daß er deshalb den wirklichen Sinn eines Artikels nicht erkannt hat; denn eine solche Kenntnis ist nicht die vom Gesetze verlangte und vorausgesetzte. Überhaupt ist jede durch Fahrlässigkeit verschuldete Unkenntnis ungeeignet, vor der Strafe (aus § 20 Abs. 2) zu schützen, weil im Falle einer solchen Fahrlässigkeit die Unkenntnis vermeidlich, die Kenntnisaufnahme möglich war⁷⁾. . . . Daher müssen die be-

⁶⁾ Auch in dem Urteile des Reichsgerichts vom 22. April 1886 (E. B. 16 S. 19) wird auf Widersprüche oder Schwankungen in den Ansichten v. Schwarzes hingewiesen.

⁷⁾ Der Gedanke ist eigentümlich: Die durch Fahrlässigkeit verschuldete Unkenntnis schützt nicht vor Bestrafung aus § 20 Abs. 2 (thema probandum), weil im Falle einer solchen Fahrlässigkeit die Unkenntnis vermeidlich war; mit andern Worten: weil im Falle der Fahrlässigkeit ein fahrlässiges Verhalten vorliegt.

sondern Umstände, worauf der Redakteur sich beruft, . . . solche gewesen sein, welche die Unkenntnis verursacht haben, ohne daß diese Wirkung auf Vorsatz oder auf Fahrlässigkeit des Redakteurs zurückgeführt werden kann.“

Daß solche Konsequenzen mit der materiellen Gerechtigkeit unvereinbar seien, und daß die ganze Auffassung in unlösbarem Widerspruche mit dem § 21 des Pressegesetzes stehe, wurde damals noch nicht erkannt. Vielmehr zog der IV. Strafsenat, auf der bisherigen Bahn der reichsgerichtlichen Rechtsprechung fortschreitend, die letzte logische Konsequenz, indem er (E. B. 16 S. 16) ausführte:

Der Satz des § 20 Abs. 2: „wenn nicht durch besondere Umstände die Annahme seiner Thäterschaft ausgeschlossen wird“, habe den Zweck, gegenüber der durch das Gesetz geschaffenen strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Redakteurs auch die Schuldausschließungsgründe (§§ 51—54, 59, 193 St.G.B.) besonders zu regeln. Das Gesetz bestimmt nämlich, daß der Richter einen Schuldausschließungsgrund nur „in besondern, außergewöhnlichen Umständen“ des einzelnen Falles, welche außerhalb des Willens des Redakteurs liegen und auch nicht durch seine Fahrlässigkeit herbeigeführt sind, finden dürfe.

In dem damals vorliegenden Falle entschied der Senat auf Grund dieser Anschauung: Die Feststellung des ersten Richters, daß dem Angeklagten, der den Eindruck eines einfachen Professionisten mache, der beleidigende Charakter des Artikels nicht zum Bewußtsein gelangt sei, könne die Freisprechung nicht rechtfertigen, da der Angeklagte freiwillig die Redaktion übernommen habe und sich deshalb nicht auf den Mangel geistiger Befähigung berufen könne. Mit der Erreichung dieser äußersten Spitze war der „psychologische Moment“ zur Umkehr erreicht. Es wurde in einem Falle, wo es sich um die Anwendbarkeit des § 193 handelte, Konflikt erhoben, und das Reichsgericht entschied sich nun für die Auffassung, daß der § 20 Abs. 2 lediglich eine einfache Rechtsvermutung enthalte, also nur den Satz aufstelle: der verantwortliche Redakteur gilt bis zum Beweise des Gegenteils als Thäter. Darin liegt ausgesprochen, daß die „besondern Umstände“, von denen der § 20 spricht, nichts sind als die „vorliegenden Umstände“, die konkreten Umstände, wie sie sich bei der Beweisaufnahme herausgestellt haben. Es würde also der vorher erwähnte Fall jetzt anders entschieden

worden sein: hatte der Redakteur nach der Überzeugung des ersten Richters den beleidigenden Charakter des Artikels nicht erkannt, so ist das ein „besonderer“, d. h. nach der konkreten Sachlage vorliegender und erwiesener Umstand, der den Dolus des verantwortlichen Redakteurs und folglich die Annahme vorsätzlich verübter Beleidigung ausschließt.

In der Literatur war schon bisher die Ansicht, daß der § 20 Abs. 2 die Bedeutung einer Rechtsvermutung habe, herrschend. Daß sie dem Wortlaut des Gesetzes gemäß ist, wurde bereits oben hervorgehoben. Sie ist sogar nach dem Wortlaut die nächstliegende. So referiert z. B. der französische Schriftsteller Barbier in seinem kurzen, offenbar nur auf die Lektüre des Gesetzes selbst gegründeten Referat über die deutsche Gesetzgebung:

„Si l'imprimé est périodique, le rédacteur responsable est puni comme auteur du délit sauf à lui à détruire la présomption, qu'il est l'auteur.“

Sie ist aber auch die allein richtige, wenn man die ratio legis und die Entstehungsgeschichte betrachtet. Der Grund der Bestimmung des § 20 Abs. 2 war, daß unter der Geltung des preussischen Gesetzes vom 12. Mai 1851, welches die durch die Presse begangenen Delikte einfach nach den allgemeinen strafrechtlichen Normen beurteilt wissen wollte (§ 34), die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Redakteure sich thatsächlich völlig verflüchtigt hatte. Die Gerichte verlangten (mit Recht und unter Billigung des Obergerichtsbereichs) in jedem Falle zur Bestrafung wegen vorsätzlicher Thäterschaft den Nachweis, daß der Redakteur den strafbaren Artikel mit Kenntnis des Inhalts veröffentlicht habe. Ein solcher Beweis war kaum jemals zu erbringen und so kam es, daß regelmäßig nur auf Grund des § 37 des genannten preussischen Gesetzes unbedeutende Geldstrafen auferlegt, aber nicht Verurteilungen wegen Begehung des Delikts selbst (Beleidigung, Aufforderung zur Begehung von Verbrechen u. s. w.) ausgesprochen wurden. Dieser Übelstand sollte beseitigt werden. Dazu war erforderlich, aber auch völlig genügend die Aufstellung einer Rechtsvermutung, welches die Notwendigkeit jenes zu schwierigen Nachweises beseitigte, aber keinen Bruch mit dem im Abs. 1 des § 20 ausgesprochenen Grundsatz in sich schloß. Demgemäß heißt es in dem Bericht der Reichstagskommission:

Wolle man von der Anklage den Beweis gegen den Redakteur verlangen, daß er den Artikel vor dem Abdruck

gelesen habe, so würde hierin eine Erschwerung für die Anklage liegen, welche die strafgerichtliche Verfolgung unmöglich macht.

Im Hinblick hierauf und auf die Natur des Redaktionsgeschäfts führt der Bericht dann weiter aus, daß es keine unzulässige Präsumtion oder gar Fiktion sei, wenn man den Redakteur für haftbar erkläre, weil dies „in der Regel der Ausdruck des materiellen Sachverhalts sei.“

Auch die Verhandlungen des Reichstages ergeben, daß der Abf. 2 des § 20 nichts als eine Rechtsvermutung enthält. Der Abgeord. Dr. Banks hatte nämlich in der zweiten Beratung den Antrag gestellt: in den (jetzigen) §§ 20 Abf. 2 und 21 die Worte „durch besondere Umstände“ zu ersetzen durch die Worte „nach den vorliegenden Umständen (Nr. 87 S. 3 der Aktenst. des Reichstages). Bei der Beratung des Antrages im Reichstage (vgl. Sten. Ber. S. 474) führte der genannte Abgeordnete aus:

nach der Auffassung der Kommission wolle der Abf. 2 (des § 20) dem Richter die volle Freiheit geben, zu prüfen, ob ein dolus oder eine Fahrlässigkeit den betreffenden Personen zur Last zu legen sei. Deshalb sei mit den Worten „besondere Umstände“ nichts anderes gemeint, als die „vorliegenden Umstände“. Keineswegs aber sei gemeint, daß die „besonderen Umstände“ etwas Außergewöhnliches bedeuten sollten. Dies sei nur die Ansicht des Dr. Schwarze, „die aber zu einem ganz verwunderlichen Resultat führe“. In seinem Schlußwort erklärte der Berichterstatter der Kommission, Marquardsen, vor der Annahme des Antrages, daß nach seiner Überzeugung beide Ausdrücke („besondere Umstände“ und „vorliegende Umstände“) völlig gleichbedeutend seien. In der dritten Beratung wurde dann die ursprüngliche Fassung „besondere Umstände“ wiederhergestellt, aber nur, nachdem von dem Berichterstatter, der mit andern Kommissionsmitgliedern die Wiederherstellung der Kommissionsvorlage beantragt hatte, die ausdrückliche Erklärung abgegeben worden war, daß es sich nur um eine präzisere Fassung gegenüber derjenigen handle, die in der vorigen Beratung angenommen sei (Stenogr. Ber. S. 1084). Nach der ausdrücklich kundgegebenen Willensmeinung der Antragsteller war also nie-

malß etwas andres gemeint, als die „vorliegenden“ oder die konkreten Umstände des einzelnen Falles, und nur in diesem Sinne ist der Antrag, soweit man ersehen kann, angenommen worden. Nur v. Schwarze, aber er ganz allein, hat neben andern Ansichten (s. oben) in den Verhandlungen auch die Auffassung vertreten, daß die „besondern“ Umstände „außergewöhnliche“ sein müßten, und daß insbesondere die Unbekanntschaft des verantwortlichen Redakteurs mit dem strafbaren Inhalt nur dann seine Bestrafung (als Thäter) ausschließe, wenn sie nicht auf seinem Verschulden beruhe. In diesem Sinne ist aber die Bestimmung, wie sich aus dem Obigen unwiderleglich ergibt, von der Kommission nicht vorgeschlagen und vom Reichstage nicht angenommen worden. Nur durch die Autorität v. Schwarzes, der in seinem Kommentar an der abweichenden Ansicht festhielt, ist die Praxis zeitweilig irregeführt worden (vgl. E. B. 16 S. 21). Zur Erkenntnis des Irrtums mußte aber namentlich auch die Erwägung führen, daß die Schwarzesche Ansicht völlig unvereinbar mit dem Gesetze ist, wenn man den § 20 nicht für sich allein, sondern in Verbindung mit dem § 21 betrachtet.

Der § 21 bestimmt:

Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so ist der verantwortliche Redakteur . . . , soweit er nicht nach § 20 als Thäter oder Teilnehmer zu strafen ist, wegen Fahrlässigkeit mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark usw. zu belegen, wenn er nicht die Anwendung der pflichtmäßigen Sorgfalt oder Umstände nachweist, welche diese Anwendung unmöglich gemacht haben.

Diese Bestimmung würde einfach einen Nonsens enthalten, wenn es richtig wäre, daß nur solche besondere oder außergewöhnliche Umstände, welche auf keinem Verschulden des verantwortlichen Redakteurs beruhen, dessen Bestrafung als Thäter aus § 20 Abs. 2 ausschließen. Die Nachlässigkeit bei der Ausübung der Redaktionsgeschäfte, die pflichtwidrige Enthaltung des Redakteurs von der Ausübung der ihm obliegenden Thätigkeit, überhaupt jede Fahrlässigkeit ist doch ein Verschulden. Ist aber beim Vorhandensein irgendwelchen Verschuldens des verantwortlichen Re-

bakteurs schon die Bestrafung aus § 20 Abs. 2 geboten, so hat die mitgeteilte Bestimmung des § 21 überhaupt keinen vernünftigen Sinn. Die §§ 20 Abs. 2 und 21 könnten nur dahin aufgefaßt werden:

Der § 20 Abs. 2 läßt das materielle Recht ganz unberührt und stellt lediglich eine Rechtsvermutung auf. Es soll bis zum Beweise des Gegenteils angenommen werden, daß der verantwortliche Redakteur den strafbaren Artikel mit Kenntnis und Verständnis des Inhalts veröffentlicht hat. Wird durch die konkreten („besondern“) Umstände, die sich bei der Verhandlung ergeben, die Präsumtion widerlegt, so kann eine Bestrafung des verantwortlichen Redakteurs wegen vorsätzlicher Thäterschaft nicht erfolgen. Es ist dann zu prüfen, ob er wegen Fahrlässigkeit aus § 21 zu strafen ist. Auch die Fahrlässigkeit wird dann bis zum Beweise des Gegenteils vermutet*).

Diese Auffassung, der der Wortlaut des Gesetzes zur Seite steht und die dem nachgewiesenen Zwecke des Gesetzes völlig gerecht wird, ist klar, natürlich und einfach.

Darin ist nun allerdings Detler anderer Meinung. Er fällt über sie das folgende wenig schmeichelhafte Urteil (S. 8):

Das Reichsgericht hatte in seiner frühern Rechtsprechung richtig „durchgefühlt“, daß hier nicht reine Thäterhaftung, sondern zugleich Garantiehaftung in Frage

*) Auch das französische Recht stimmt hiermit überein.

So sagt z. B. Chassan (Traité des délits de la Presse S. 125):

Quel est le publicateur dans un journal, si ce n'est son directeur? quel est donc l'auteur du délit? C'est évidemment le directeur, car c'est lui, qui a publié l'article. C'est donc lui, qui a fait le mal s'il en existe.... la culpabilité du gérant est réelle (also keine Garantenschaft!), non seulement devant la loi mais devant la vérité des choses.... Toutefois l'excuse de la bonne foi n'est pas interdite au gérant d'une manière absolue (S. 128). Nur auf Abwesenheit und Unkenntnis des Inhalts des Artikels soll der gérant sich nicht berufen, wenn er selbst (eigenhändig) gezeichnet hat. Aber: si l'auteur est connu et s'il est en cause, le gérant peut prouver qu'il n'a pas eu, lui, la mauvaise intention en publiant un article, qui cepen-

komme, aber diese Einsicht nicht juristisch zu fassen ge-
 rußt und daher falsch verwertet. Neuerdings hat es,
 wohl besonders durch Loenings Ansicht bestimmt (?),
 „dieses Gefühl in sich zurückgebrängt“ und legt das Gesetz
 im wesentlichen konform den theoretischen Auffassungen
 aus. Was das Reichsgericht nicht gethan hat, „die
 dunkle Empfindung in ein klares, juristisches Be-
 wußtsein zu erheben“, soll in folgendem von mir
 versucht werden.“

Also nicht einmal den „Titel und Charakter“ einer Ansicht
 oder Anschauung verdient das, was vom Reichsgericht und der
 herrschenden Meinung vertreten wird! Nur dunkle Gefühle und
 Empfindungen sind hier vorhanden; Detker erst muß Licht und
 Klarheit hineinbringen. Nacht muß es sein, wo Friedlands Sterne
 strahlen! Richten wir also aufmerksam den Blick auf die Licht-
 strahlen, die das bisherige Dunkel aufhellen.

Detker geht von folgender Betrachtung aus. Probleme, die
 isoliert betrachtet, der Lösung zu spotten scheinen, offenbaren uns
 nicht selten ihr wahres Wesen, wenn wir verwandte Erscheinungen
 auf andern Rechtsgebieten zur Vergleichung heranziehen. Eine
 „verwandte Erscheinung“, ein „vollkommenes Gegenstück“ zur Haf-
 tung des verantwortlichen Redakteurs findet er nun zunächst in der
 römischen *Actio de effusis et ejectis*. „Verwandeln wir den
 Stein, der auf die Straße geworfen wird, in einen beleidigenden
 Zeitungsartikel, die Wohnung in ein Redaktionsbureau, den Be-
 wohner in einen verantwortlichen Redakteur, so dürften wir dem

dant est criminel (S. 130). Il pourra démontrer aussi que son
 intention n'est pas aussi méchante que celle de l'auteur
 de l'article. Dans ce cas il est possible de le condamner à
 une peine moindre que celle de l'auteur et de l'affranchir de
 toute peine.

Und Barbier (Code expliqué de la Presse 1887) bemerkt (Bd. 2 S. 332):

Le gérant est le publicateur légalement responsable... Publi-
 cateur de droit, ayant la mission de surveiller la rédaction
 (ebenso wie der verantwortliche Redakteur); le gérant peut bien
 être légalement présumé avoir agi dans une intention cou-
 pable et en connaissance du caractère délictueux de l'écrit paru
 dans le journal. — — —

Il est bien évident, que la présomption de culpabilité qui
 pèse sur le gérant, doit tomber devant la preuve de sa bonne
 foi ou de sa non-participation effective à la publication.

Verständnis des Gesetzes näher gekommen sein, als die üblichen Theorien, die das Wesen der presserechtlichen Haftungen nur aus den Pressgesetzen ableiten wollen." (S. 7.)

Die zweite verwandte Erscheinung findet D. in der Rechtsfigur der „Thäter-Garantenschaft“, die namentlich im ältern partikularen Straf- und Schadenserfassungsrecht vorkommt (S. 6). Als Beispiele führt er an:

1. wenn in alten partikularen Medizinalordnungen bei unrichtig angefertigter Arznei ohne weiteres der Apotheker „in Strafe genommen wird“, „eventuell mit Vorbehalt des Regresses gegen den schuldigen Gehülfen“,
2. wenn der Hausvorstand haften muß⁹⁾ bei polizeilichen Kontraventionen, ohne daß aufgeklärt wird, ob sie von ihm oder den Seinigen verübt worden sind,
3. wenn Beamte für „Ordnungswidrigkeiten“ bestraft werden, unangesehen, ob sie selbst oder die Unterbeamten die Schuld tragen,
4. wenn in einer alten Hanauer Verordnung bestimmt wird, daß, falls bei Hochzeiten während des Zuges geschossen wird und der Thäter nicht entdeckt werden kann, die Strafe von 100 fl. von allen Personen, welche an dem Zuge teilgenommen haben, beigetrieben werden soll.

Auf S. 8 verweist D. dann noch ohne nähere Begründung auf das Zoll- und Steuer-Strafrecht, das Forst- und Feldpolizeirecht, sowie auf den § 361 Ziff. 9 des St.G.B. Diese Belege genügen nach seiner Meinung, um die Rechtskategorie der „Thäter-Garantenschaft“ zu verweisen (S. 6). Nach seinem Urteile leiden die Vorstellungen fast aller neueren Kriminalisten¹⁰⁾ an einem Grundfehler, nämlich der ungenügenden Kenntnis des gerade hier maßgebenden Instituts der „kriminellen Garantie“. Dieses Institut wird nun folgendermaßen geschildert.

Es kommt in zwei Hauptformen vor: als Haftung für das

⁹⁾ Ob diese alten partikularen Vorschriften gegenwärtig noch gelten, wird nicht dargelegt.

¹⁰⁾ Gern erführe man, welche Kriminalisten es sind, die die Ausnahmen bilden und sich von dem gerügten Fehler freigehalten haben. Eigentlich kann es solche gar nicht geben, da, wie D. S. 8 mitteilt, die Thäter-Garantenschaft bisher überhaupt unbekannt geblieben ist.

Delikt und als Haftung für die Strafe. Wenn eine Haftung für fremdes Delikt auferlegt wird, so soll der Haftende zur Verhinderung des Delikts bestimmt werden; die Haftung für Strafe dagegen setzt die Begehung des Delikts voraus und verlangt nun vom Haftenden, daß er bei Meidung eigener Verantwortlichkeit für die Bestrafung des Thäters Sorge trage. (Der Ausdruck „haften für“ hat also in den beiden Teilen der Definition einen ganz verschiedenen Sinn.) Das Reichsstrafgesetzbuch kennt nur noch Delikts-, nicht Strafhaftung. Die strafrechtliche Haftung des Redakteurs kann Haftung als Thäter und Haftung für den Thäter sein. Die erstere ist Thäters-, die letztere Garantenhaftung. Niemand ist Garant für sich selbst, die beiden Haftungen schließen einander aus, wohl aber können Thäterschaft und Garantenschaft alternativ zusammentreffen und, wenn letzteres der Fall ist, so liegt Thäter-Garantenschaft vor, welche einen Gegensatz zur reinen Delikts-Garantie bildet (§. 7, 60). Die Thäter-Garantenschaft kann aber ihren „problematischen Charakter verlieren und als reine Thäterhaftung auftreten“ (§. 7). Der § 20 Abs. 2 Preßgef. beruht auf „Thäter-Garantenschaft“, § 21 macht „reine Garantenhaftung geltend“.

Bei dem Begriffe des „Thäters“ unterscheidet D. zwischen dem „Erstthäter“ und dem „Zweitthäter“ (§. 18). Nicht nur der Verfasser, mit dessen Wissen und Willen die Veröffentlichung erfolgt sei, sondern auch der Redakteur, der einen strafbaren Artikel mit Verständnis seines Inhalts in die Zeitung aufgenommen habe, sei als Thäter zu betrachten. Aber D. will dem Redakteur nur die Eigenschaft eines „Zweitthäters“ zuerkennen. „Erstthäter“ ist der Verfasser, in dem Redakteur „repetiert“ die Thäterschaft und deshalb wird er „Zweitthäter“ genannt.

Die Prinzipien der durch das Preßgesetz normierten Haftung des verantwortlichen Redakteurs sind nun — nach Detker — (§. 19): Zweitthäterschaft, Deliktsgarantie, Präsumtion. Derjenige Redakteur, der den strafbaren Artikel mit Kenntnis und Verständnis des Inhalts veröffentlicht hat, ist wirklicher Thäter (Zweitthäter). Alle bisherigen Darstellungen des Reichspreßrechts leiden an dem Grundfehler, daß der Gedanke dieser „Zweitthäterschaft“ nicht scharf genug erfaßt ist. Das Gesetz präsumiert aber nicht, daß gerade der „verantwortliche Redakteur“ Zweitthäter sei (§. 20). Der Erstthäter ist bei der Anonymität

der Zeitungsartikel meist unbekannt, der Zweitthäter bei einer Mehrheit von Redakteuren gleichfalls (§. 21). Dies darf aber nicht zu einem Hindernisse der Strafverfolgung werden.

Vielleicht ist der verantwortliche Redakteur der Zweitthäter; jedenfalls hat er für den Zweitthäter zu haften; „denn seine Pflicht war es, bei Teilung der Redaktionsgeschäfte unter seiner Verantwortlichkeit die Begehung von Delikten seitens der Redaktionskollegen zu verhindern“ (§. 21). Er wird daher als Zweitthäter-Garant zur Verantwortung gezogen. Im Urteil gegen den verantwortlichen Redakteur erfolgt, soweit nicht die wirkliche Zweitthäterschaft aufgeklärt ist, die Feststellung der Zweitthäterschaft immer nur alternativ mit Garantenschaft; die Frage, ob die Zweitthäterschaft des Redakteurs zugleich Erstthäterschaft ist, läßt das Urteil offen (§. 23). Die „Thäter-Garantenschaft in ihrer hier maßgebenden Gestalt“ knüpft „an nur objektiven Thatbestand“ an. Der verantwortliche Redakteur kann Thäter (nämlich Erstthäter oder Zweitthäter oder auch beides zusammen), kann aber auch nur Garant sein, die Haftung ist keineswegs durch den Nachweis einer Schuld bedingt (§. 24); die Thäter-Garantenhaftung setzt weder rechtswidrigen Vorsatz (dolus) noch Fahrlässigkeit voraus. Das ist eine Konsequenz aus dem Wesen der Thäter-Garantenhaftung, „Schuldpräsumtion“ wäre hier ein durchaus unrichtiger Erklärungsgrund. „Die Haftung entfällt aber, wenn der Mangel jeder Schuld des Redakteurs als Thäter-Garanten festgestellt wird, wenn z. B. „die beleidigende Beziehung“ des inkriminierten Artikels eine so verborgene war, daß der Redakteur sie nicht zu erkennen vermochte, alsdann steht fest, daß der Redakteur weder selbst als Zweitthäter strafbar sein würde, noch daß ihm die Nichtverhütung des Delikts zum Vorwurf gereichen konnte.

An Stelle der Thäter-Garantenhaftung tritt einfache Thäterhaftung des Redakteurs, wenn sich herausstellt, daß er selbst der Zweitthäter oder gar der Erstthäter ist. Im Falle der Zweitthäterschaft und nur in diesem Falle tritt eine Rechtsvermutung ein und zwar dahin, daß dem Redakteur der beleidigende, hochverräterische usw. Inhalt des Artikels bekannt und der Sinn richtig von ihm erfaßt war (§. 25). Die Thäter-Garantenschaft nach § 20 Abs. 2 ist als unbedingte zu charakterisieren; aber das Bekanntwerden der wirklichen Zweitthäterschaft wirkt

als haftausschließende Tatsache (§. 23). Es ist ein besonderer Umstand, der die Annahme der Thäterschaft, richtiger der Zweitthäterschaft-Garantenschaft des verantwortlichen Redakteurs beseitigt. Aber, wie die weiteren Ausführungen ergeben, schließt dieser „besondere Umstand“ nur die Haftung aus § 20 Abs. 2. aus.

Nach §. 26, 27 wird der verantwortliche Redakteur von der strafrechtlichen Haftung nicht gänzlich frei, wenn die wirkliche Zweitthäterschaft eines andern nachgewiesen wird; „nun wird das Bedürfnis einer Haftbarmachung des verantwortlichen Redakteurs dadurch befriedigt“, daß er nach § 21 des Gesetzes für den Erstthäter zu garantieren hat (§. 27). Der verantwortliche Redakteur wird nach § 21 wegen Nichtverhinderung des Delikts des Erstthäters bestraft (§. 28).

Detker ist der Meinung, daß die Dispositionen der §§ 20, 21 in seinem Sinne verstanden und bezogen auf die drei hinter dem Gesetze stehenden Grundgedanken (Zweitthäterschaft, Deliktsgarantie, Präsumtion), ein in sich geschlossenes Haftungssystem ergeben, das vom Standpunkte der juristischen Logik aus einwandfrei erscheine und auch als zweckentsprechend anerkannt werden müsse.

Dies ist zu bestreiten.

Vom Standpunkte der juristischen Logik geben die Konstruktionen Detkers zu verschiedenen Bedenken Anlaß. In dieser Beziehung ist zu bemerken:

1. Entfällt, wie Detker will, die Haftung, wenn der Mangel jeder Schuld des verantwortlichen Redakteurs festgestellt wird, so ist es nicht gerechtfertigt, daß er die *actio de effusis et adjectis* für ein „vollkommenes Gegenstück“ der Haftung des verantwortlichen Redakteurs oder der Deliktsgarantie erklärt (§. 5, 7). Denn der durch diese *actio* gegebene Schadensersatzanspruch wird nicht durch den Mangel eines Verschuldens des Inhabers der Wohnung elidiert, sondern dieser hat nur einen Regreßanspruch gegen den wirklichen Thäter. Aber auch die alten partikularen Polizeivorschriften, die Detker als verwandte Erscheinungen und Vorbilder für das Reichs-Pressgesetz anspricht (z. B. die über das Schießen bei einem Hochzeitszuge), enthalten nach dem Referate Detkers keine Bestimmung, daß die

Haftung beziehungsweise Bestrafung entfällt, wenn der einzelne Teilnehmer, der Vorgesetzte usw. beweist, daß ihn keine Schuld trifft.

2. Das Wesen der Delikts-Garantie soll in der Haftung für fremde Schuld bestehen (§. 12, 13). Auf §. 7 aber wird gesagt, die Garantenhaftung habe ihren Grund in der unterlassenen Verhinderung des Delikts, und es soll (§. 24) die Haftung wegfallen, wenn der Mangel jeder Schuld des Garanten feststeht. Es wird demnach vorausgesetzt eine schuldhaftes Nichtverhinderung des Delikts eines andern. Dann haftet aber der verantwortliche Redakteur nicht für fremde, sondern für eigne Schuld, und der ganze Apparat der Garantenschaft ist überflüssig; es genügte dann, eine Rechtsvermutung aufzustellen, daß die tatsächlich unterbliebene Nichtverhinderung auf dem Verschulden des verantwortlichen Redakteurs beruhe.
3. Im Anfange (§. 6 oben) sagt Dettler: der Bewohner (des Hauses) kann Thäter, kann Garant für den Thäter sein, die Haftung ist alternativ Thäter- oder Garantenhaftung, kurz Thäter-Garantenhaftung; der § 20 Abs. 2 enthält einen Fall der Thäter-Garantenhaftung (§. 7 unten). Das Gesetz läßt also den verantwortlichen Redakteur haften, weil es davon ausgeht: der Redakteur ist entweder selbst Thäter, oder er haftet als Garant für den Thäter (wegen Nichtverhinderung). Wie ist es hiermit zu vereinigen, daß die Garantie für den Zweitthäter (aus § 20 Abs. 2) wegfällt, sobald feststeht, daß ein anderer der wirkliche Zweitthäter ist (§. 26, 27)? Dies schließt ja nur das eine Glied der Thäter-Garantenschaft aus, nicht aber die andre gleichwertige Alternative.
4. Nach §. 25 tritt im Falle der Zweitthäterschaft des verantwortlichen Redakteurs, und nur in diesem Fall eine Rechtsvermutung gegen ihn ein. Es wird vermutet, daß dem Redakteur der beleidigende, hochverräterische usw. Inhalt des Artikels bekannt, der Sinn von ihm richtig erfaßt war. Die Unkenntnis, der Mangel des Verständnisses erscheint „wiederum“ (?)

als ein besonderer Umstand, der die Annahme der Thäterschaft ausschließt. Aber was hilft die Widerlegung der Präsomtion dem verantwortlichen Redakteur? Denn nach §. 24 wird er als Zweitthäter-Garant ohne Rücksicht auf *dolus* und *culpa* bestraft. Nur der nachgewiesene Mangel jeder Schuld befreit ihn, z. B. wenn er die beleidigende Beziehung des Artikels nicht zu erkennen vermochte. Er wird also als Thäter-Garant bestraft, wenn er den beleidigenden Sinn nicht erkannt hat, ihn aber (bei sorgfältiger Prüfung) hätte erkennen können.

5. Nach §. 18 ist der Redakteur Thäter und zwar Zweitthäter, wenn er den strafbaren Artikel mit Verständnis seines Inhalts in die Zeitung aufgenommen hat. Auf §. 25 aber wird gesagt:

im Falle der Zweitthäterschaft des verantwortlichen Redakteurs und nur in diesem Falle tritt die Rechtsvermutung ein, daß ihm der beleidigende hochverrätherische usw. Inhalt des Artikels bekannt, der Sinn von ihm richtig erfaßt war. Dies muß vom Standpunkte der Logik beanstandet werden. Liegt der Fall der Zweitthäterschaft erst dann vor, wenn der Redakteur den Artikel mit Kenntnis und Verständnis des Inhalts veröffentlicht hat, so hat es keinen Sinn, für diesen Fall die Vermutung gegen ihn aufzustellen, daß er den Artikel mit Verständnis des Inhalts veröffentlicht habe. Es bleibt also für die „Präsomtion“, die nach §. 19 einer der drei Grundgedanken des Gesetzes sein soll, gar keine wirkliche Bedeutung und Wirksamkeit übrig.

Doch genug der einzelnen Ausstellungen vom Standpunkt „juristischer Logik“! Die Hauptsache ist, daß die Prinzipien der „Zweitthäterschaft“ und der „Deliktsgarantie“ überhaupt dem Gesetze mit Unrecht von Detker untergelegt werden.

Was zunächst die „Zweitthäterschaft“ betrifft, so kennt man im Strafrecht wohl die Begriffe Thäter und Mitthäter, aber die Begriffe „Erstthäter“, „Zweitthäter“, „Dritthäter“ usw. in dem Sinne einer verschiedenen Qualität der Thäterschaften waren bisher unbe-

kennt. Nun sollte man glauben, daß Detker, der sie hier einführt, und wichtige Folgen aus der Verschiedenheit der Thäterschaften herleitet, das Wesen und die Bedeutung seiner Distinktion eingehend darlegen müßte. Aber das ist nicht der Fall. D. stellt einfach den Satz auf (S. 18), daß der Verfasser, mit dessen Wissen und Willen die Veröffentlichung erfolgt ist, als „Ersthäter“, der Redakteur aber, der einen strafbaren Artikel mit Verständnis seines Inhalts in die Zeitung aufgenommen habe, als „Zweithäter“ zu bezeichnen sei. Er fügt hinzu: es müsse hier genügen, diese Auffassung zu konstatieren; denn ihr Verhältnis zu den allgemeinen strafrechtlichen Prinzipien ließe sich nicht darlegen ohne weitläufiges Eingehen auf die Natur der Preßdelikte, die Kausalitätslehre und den Unterschied von Mitthäterschaft und Beihilfe. Den einzigen Anhaltspunkt für den Sinn der Unterscheidung bietet Detker dadurch, daß er dem Satze: Zweithäter ist der Redakteur, die Worte hinzusetzt: „in dessen Person die Thäterschaft repetiert.“ Aber als „Ersthäter“ in jedem Sinne kann bei einem Preßdelikte nur derjenige angesehen werden, der die „Veröffentlichung“ bewirkt hat. Vor der „Veröffentlichung“ der Druckschrift existiert ein durch die Presse verübtes Delikt nicht. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß der Redakteur, der die Aufnahme eines strafbaren Artikels in das Blatt veranlaßt und dadurch die Veröffentlichung verursacht hat, die Thäterschaft repetiere. Erst durch seine Thätigkeit kommt das Preßdelikt zu stande. „Der Verfasser, mit dessen Wissen und Willen die Veröffentlichung erfolgt“, kann Teilnehmer (Anstifter, Mitthäter, Gehilfe) sein. Aber das „Verfassen“ des Artikels spielt dabei die geringste Rolle: es macht juristisch keinen wesentlichen Unterschied, ob jemand einen von ihm verfaßten oder einen von einem andern verfaßten Artikel strafbaren Inhalts dem Redakteur zur Veröffentlichung übergeben hat. Deshalb hat auch die oft wiederholte Äußerung Johns, daß der verantwortliche Redakteur gewissermaßen der Verfasser der ganzen Nummer des Blattes sei, keine wesentliche juristische Bedeutung. Ist nun aber der Einsender des Artikels, wenn er nicht bloß Anstifter oder Gehilfe ist, lediglich Mitthäter, d. h. ein rechtlich dem andern Thäter (Redakteur) völlig gleichstehender Thäter-Genosse, so muß man die Frage aufwerfen: wozu denn die ganze Unterscheidung von Ersthäter und Zweithäter? Die Antwort ist: weil Detker „durchfühlte“, daß es eine zu barbarische Härte wäre, wenn man den verantwortlichen

Redakteur, der aus bloßer Fahrlässigkeit seine Obergewalt einmal nicht ausgeübt und es dadurch ermöglicht hat, daß ein anderer ohne sein Vorwissen die Aufnahme eines strafbaren Artikels bewirkt, dennoch als Zweitthäter = Garant mit der schweren Strafe eines Majestätsbeleidigers, Landesverrätters usw. belegen wollte. Um das zu vermeiden, erklärt Detker: in diesem Falle haftet der verantwortliche Redakteur nicht als Garant für den Zweitthäter, sondern als Garant für den Erstthäter und er wird folglich nicht aus § 20 Absatz 2, sondern nur aus § 21 Ges. bestraft. Detker beruft sich hierfür auf den Wortlaut und auf die ratio legis und bemerkt zur Begründung in der Note (97):

Die Haftung nach § 20 Absatz 2 tritt zurück, wenn durch besondere Umstände die Annahme der Thäterschaft ausgeschlossen ist. Das ist bei Feststellung eines andern Thäters doch der Fall:

Weber das Gesetz noch die im Kommissionsberichte ausgesprochene ratio legis geben irgend welchen Anhalt für die Unterscheidung eines Erstthäters und Zweitthäters innerhalb des § 20 Absatz 2. Niemand ist bisher auf diesen Gedanken gekommen. Man könnte mit demselben Recht das Detkersche Argument umkehren und sagen: Die Annahme der „Thäterschaft“ ist durch besondere Umstände ausgeschlossen, wenn ein anderer als Erstthäter nachgewiesen ist. Die Unterscheidung ist lediglich von Detker in das Gesetz „hineingeheimnigt“ worden und zwar, um seine Konstruktion der Thäter-Garantenhaftung zu stützen; denn gäbe es keine zwei verschiedene Sorten von Thäterschaft, so könnte D. nicht den Satz verteidigen, daß die Garantie für den Erstthäter nur zu den leichten Fahrlässigkeitsstrafen des § 21, die Garantie für den Zweitthäter aber zur Bestrafung wegen des Delikts selbst, unter Umständen also zu langjährigem Zuchthaus, führt.

Aber die ganze Rechtskategorie der Delikts-Garantie ist für die Erklärung der gesetzlichen Haftung des verantwortlichen Redakteurs überhaupt nicht zu verwerten.

Detker trat mit dieser Entdeckung zuerst hervor in seiner Festgabe für Rud. v. Jhering: „Kriminelle und zivile Haftung Dritter nach heftigen Rechtsquellen.“ Den Ausgangspunkt der Schrift bildete folgender Gedanke:

Die Theorie des Strafrechts verfallt nur zu leicht in den Fehler, das positive Recht zu idealisieren. Sie schreibe

vielfach bestimmten „Postulaten der Gerechtigkeit“ eine unbedingte Geltung zu, ohne die positivrechtlichen „Abweichungen“ zu bemerken. So seien auch die Sätze: „Keine Strafe ohne Schuld“, „Peccata suos teneant auctores“ nach der Meinung vieler Kriminalisten Sätze, von denen es Ausnahmen im positiven Rechte nicht gebe. Das sei jedoch nicht richtig.

Um das nachzuweisen, führt D. aus, daß es noch Fälle einer poena sine crimine gebe, Fälle einer kriminellen Verantwortlichkeit für fremde That. Er unterscheidet aber Fälle einer materiellen und einer formalen Garantie. Das Charakteristische der erstern besteht darin, daß der Gesetzgeber den Garanten zur Verhinderung der in einem andern Imperativ verbotenen That verpflichtet. Der Garant erscheint dann formell als das Subjekt eines selbständigen Unterlassungsdelikts und seine Thäterschaft wird an sich ganz durch die allgemeinen Grundsätze des Strafrechts bestimmt. Hierher rechnet D. die Bestimmung in § 361 Nr. 9 des St. G. B. Offenbar handelt es sich also hier gar nicht um einen Fall von poena sine crimine oder von Strafe ohne Schuld.

Im Gegensatz hierzu ist — nach Detker — bei der formellen Garantie die Haftbarkeit des Garanten nicht die Folge einer von ihm begangenen Rechtspflichtverletzung, das ihn treffende Rechtsübel beruht recht eigentlich auf krimineller Verantwortlichkeit für fremde That und entbehrt des kausalen Zusammenhanges mit einem Delikt, poena sine lege (S. 96). Die kriminelle Haftung sei bis vor kurzem für die kriminalistische Doktrin durchaus terra incognita gewesen; aber die Gesetzgebung habe dieses Gebiet oft genug betreten. Nachdem Detker dies in der Einleitung unter Berufung auf das japanische Rechtsbuch Rampo Ritsju und die Partikularstrafgesetzgebung der letzten Jahrhunderte hervorgehoben hat, will er in dem Nachfolgenden den Nachweis für das Vorkommen und die Formen der kriminellen Garantie in den kurfürstlichen Landesordnungen und Gesetzen von 1500 bis 1866 liefern. In dem § 2, der die „formelle Deliktsgarantie“ behandelt, führt er dann eine Anzahl von Strafandrohungen für Forst-, Feld- und Steuer-Kontraventionen und dergl. an, in denen die Verantwortlichkeit nicht auf die Schuld des Haftenden zurückzuführen sei. In § 64 werden Fälle „formeller Haftung bei möglicher Schuld“, in § 5 Fälle von Thäter-Garantenschaft (i. o.), in § 6 Fälle krimi-

nesser Haftung bei nur objektivem Thatbestande aufgeführt. Durchgehends handelt es sich um unbedeutende Kontraventionen gegen polizeiliche Vorschriften. Die Einzelheiten müssen hier beiseite gelassen werden. Aber von Wichtigkeit ist es, zu konstatieren, daß Detker (§. 101—102 der Festgaben) in seiner Einleitung selbst wörtlich bemerkt:

„Im Rechte der Gegenwart haben sich nur dürftige Überbleibsel des früheren Reichtums erhalten, die formelle Deliktsgarantie insbesondere ist zweifellos im Aussterben begriffen. Auf den Gebieten der Zoll- und Steuergesetzgebung hat das fiskalische Interesse die Haftung Dritter noch zu behaupten, den fliehenden Freund noch zu halten gewußt. Vereinzelte Anwendungsfälle in andern Rechtszweigen treten hinzu und in der Feld- und Forst-Strafgesetzgebung ist die kriminelle Garantie noch meistens mehrfach anerkannt worden.“

Hiermit hat Detker selbst, und zwar mit vollem Rechte, das Todesurteil über die Rechtsfigur der formellen Garantie ausgesprochen. Warum versucht er nun doch „den fliehenden Freund“, der dem Tode verfallen ist, aufzuhalten oder ihm nachzueilen? „Zurück, Du rettetest den Freund nicht mehr“, möchte man ihm zurufen.

Es mag richtig sein, daß es in den vergangenen Jahrhunderten vielfach Fälle gab, in denen eine Strafe an bloß objektiven Thatbestand geknüpft war. Die von Detker angeführten Fälle mögen dieser Art sein.

Aber es ist hierbei zu bedenken, daß bis zum Erlaß des Reichs-Strafgesetzbuchs allgemein in der Theorie und Praxis die Anschauung herrschte, es sei bei Zuwiderhandlungen gegen polizeiliche Vorschriften überhaupt ein subjektives Verschulden keine Voraussetzung der Strafbarkeit (vgl. z. B. Oppenhoff sechste Aufl. z. Preuß. Strafgesetzbuch Note 2 zu Teil III Tit. 1). Mit dieser ganzen Anschauung hat aber das Reichs-Strafgesetzbuch gebrochen. Wie allgemein in der Theorie und Rechtsprechung anerkannt wird, gelten die allgemeinen Grundsätze des Strafrechts ebensowohl für Übertretungen wie für Verbrechen und Vergehen. Das Reichs-Strafgesetzbuch steht prinzipiell und in voller Übereinstimmung mit der allgemeinen Rechtsanschauung und dem Volksbewußtsein auf dem Standpunkt: „Keine Strafe ohne Schuld.“

In den geltenden „Zoll- und Steuergesetzen“ finden sich Bestimmungen, nach denen beim Vorliegen gewisser äußerer Thatbestände das Vorhandensein einer Defraudation angenommen werden soll. Allein hierbei handelt es sich lediglich um Rechtsvermutungen, da regelmäßig in einem spätern Paragraphen die Widerlegung der Annahme und insbesondere der Nachweis, daß eine Defraudation nicht beabsichtigt gewesen sei, vorbehalten wird¹¹⁾. Diese Präsumtionen sind keine Ausnahmen von der Regel und entheben lediglich die Anklage der Beweislast. Außer Betracht müssen ferner bleiben die Bestimmungen der Forstdiebstahls- und Feld- und Forst-Polizei-Gesetze über die subsidiäre Haftung von Dienstherrschaften, Gewaltinhabern usw. für Strafen und Kosten, da sie nicht in das Gebiet der Detterschen Delikts-Garantie fallen. Aber allerdings lassen sich in Detters Sinne (Delikts-Garantie) verwerten die Bestimmungen der verschiedenen Zoll- und Steuergesetze, die nach dem Vorgange des Vereinszollgesetzes (v. 1. Juli 1869 § 137) für den Fall, daß die vorerwähnten Präsumtionen widerlegt sind, eine Ordnungsstrafe androhen. Hier hat wenigstens das Reichsgericht (ob mit Recht, mag hier ununtersucht bleiben) anerkannt, daß das Gesetz von der Voraussetzung eines subjektiven Verschuldens absehe und die Strafe lediglich von dem Vorhandensein des objektiven Thatbestandes abhängig mache. Es würde nichts dagegen zu erinnern sein, wenn Detter zur Erklärung des Grundes, warum das Gesetz so verfährt, den Gedanken seiner Thäter-Garantenschaft heranzöge und ausführte: Das Gesetz stelle sich auf den Standpunkt: entweder ist der Betreffende der Thäter oder es war seine Sache, die Begehung des Delikts durch einen andern zu verhindern und er soll deshalb, wenn er nicht verhindert hat, für das Delikt des andern haften. Aber es handelt sich hierbei, wie Detter selbst hervorhebt, nur um vereinzelte Anwendungsfälle einer frühern Rechtsanschauung, die grundsätzlich heutzutage von der Wissenschaft, der Praxis, der Gesetzgebung aufgegeben ist, nur zur Wahrung fiskalischer Interessen in einzelnen Zoll- und Steuergesetzen aufrecht erhalten wird und außerdem noch in einigen

¹¹⁾ Vergl. z. B. Vereinszoll-Ges. v. 1. Juli 1869 § 137 Abs. 2. Gesetz wegen Erhebung der Brausteuern v. 31. Mai 1872 § 32 usw. Vergl. Stenglein (Die strafrechtlichen Nebengesetze) zum Vereinszollges. § 136 R. 1 und 2 § 137 R. 1—3 R. B. 9 S. 209.

veralteten partikularen Polizeivorschriften ein schattenhaftes Dasein führt. Auf jene Bestimmungen der Zoll- und Steuergesetzgebung paßt so recht das Wort:

Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort,
Sie schleppen von Geschlecht sich zu Geschlechte — —

Aber wie konnte denn Detker auf dieser morschen, schmalen Basis seine Konstruktion der strafrechtlichen Haftung des verantwortlichen Redakteurs, einer so ganz modernen „Rechtsfigur“, auführen?

Im Anfange seiner Schrift (S. 7) verwirft Detker das Verfahren „der üblichen Theorien“, das Wesen der pressrechtlichen Haftungen eben nur aus den Pressgesetzen ableiten zu wollen. Unter Berufung auf die Stelle in den „Wahlverwandtschaften“:

„Wenn es mir erlaubt ist, dem Scheine nach weit auszuholen, so sind wir bald am Plage“,

will er lieber den verwandten Rechtsercheinungen, die sich in der *Actio de effusis et ejectis*, dem japanischen Kampo Kitsu, den alten heftigen Polizeivorschriften finden, nachgehen und glaubt, aus ihnen das im deutschen Pressgesetz anerkannte Prinzip entnehmen zu können. Auf S. 8—9 nähert er sich jedoch dem Standpunkte der „üblichen Theorien“, indem er für den allein gangbaren Weg zur Auffindung der Prinzipien den erklärt, die legislativen Tendenzen, wie sie in der Entstehungsgeschichte des Gesetzes erkennbar hervorgetreten sind, zu erfassen. Detker mußte daher auf Grund der Entstehungsgeschichte des Gesetzes den Nachweis führen, daß die Tendenz dahin gegangen sei, bei der Regelung der Haftung des verantwortlichen Redakteurs an das Prinzip der Delikts-Garantie anzuknüpfen, und zwar im Jahre 1874, also zu einer Zeit, wo das Reichs-Strafgesetzbuch diese „Rechtsfigur“ bereits grundsätzlich aufgegeben hatte. Ein solcher Nachweis ist in keiner Weise geführt worden; er konnte auch nicht geführt werden, da, wie oben von mir auf Grund des Kommissionsberichts und der parlamentarischen Verhandlungen dargelegt wurde, der Zweck der Bestimmungen in den §§ 20 Abs. 2 und 21 allein darin bestand, die übergroßen Schwierigkeiten zu beseitigen, auf die bei Anwendung der allgemeinen Grundsätze bisher der Schuldbeweis gestoßen war. Hierzu genügte vollständig eine einfache, durch den Beweis ent-

gegenstehender konkreter („besonderer“) Umstände zu widerlegende Präsumtion.

Aber auch, wenn der Gedanke der Deliktsgarantie wirklich aus der Entstehungsgeschichte des Gesetzes sich entnehmen ließe — was jedoch nicht der Fall ist — mußte Detker weiter nachweisen, daß jener „Gedanke“ in Verbindung mit dem der Zweitthäterschaft einen Ausdruck im Gesetze gefunden habe. In dieser Beziehung hätte ihm doch Bedenken erregen müssen, daß in all den Jahren seit 1874 niemand jene „Grundgedanken“ in dem Pressegesetze gefunden hat.

Möchte Detker doch einmal den Versuch machen, die §§ 20, 21 des Gesetzes so zu fassen, daß sie für jedermann verständlich — so müssen doch Gesetze gefaßt sein — die drei Prinzipien Zweitthäterschaft, Deliktsgarantie, Präsumtion in der von Detker gemeinten Verbindung zum Ausdruck bringen.

Was aber die Ansicht Detkers vollends unmöglich und unannehmbar macht, das sind die praktischen Konsequenzen seiner Lehre. In dem abstrakten „Begriffshimmel“ bewegt sich alles heiter und frei; da schweben und schwimmen im lichten Äther die Konstruktionen, die Kategorien, die Rechtsfiguren so wohligh auf und nieder; aber in der Praxis wird es blutiger Ernst. Ob wohl Detker selbst, wenn er morgen vom Ratheder herabstiege und sich auf den Richterstuhl setzte, seine Theorie durchführen würde? Ob er einen patriotischen, ehrenwerten „verantwortlichen Redakteur“, dem nachweisbar nur eine geringe Nachlässigkeit bei der Wahrnehmung der Redaktionsgeschäfte zur Last fällt, als „Thäter-Garanten“ mit der Strafe des Majestätsbeleidigers, des Landesverrätters usw. belegen würde? Um die Sache anschaulich zu machen, will ich einen Fall aus der Praxis vorführen.

Der wegen Landesverrats (§ 92 Z. 1 St. G. B.) beschuldigte Professor Dr. Geffken wurde bekanntlich außer Verfolgung gesetzt, weil das Reichsgericht zwar den objektiven Thatbestand für vorliegend erachtete, jedoch der Ansicht war: es seien für die Annahme des Bewußtseins des Beschuldigten, daß der von ihm eingefandte Artikel Nachrichten der im § 92 Z. 1 des St. G. B. bezeichneten Art enthalte, keine genügenden Gründe vorhanden. Wäre gegen Geffken das Hauptverfahren eröffnet worden, so hätte seine Freisprechung erfolgen müssen, wenn das erkennende

Gericht das Vorhandensein des Dolus verneinte. Gesezt nun aber, es wäre auch gegen den verantwortlichen Redakteur der „Rundschau“ die Anklage aus § 92 Z. 1 erhoben werden, so hätte ihn der nachgewiesene Mangel des Dolus vor der Bestrafung wegen Landesverrats nach Detkers Theorie keineswegs geschützt. Nach dieser gestaltete sich die Sache vielmehr folgendermaßen. Wurde nachgewiesen, daß nicht der verantwortliche Redakteur, sondern ein anderer die Publikation des von Geffken eingesandten Artikels veranlaßt hatte, so haftete der verantwortliche Redakteur als Erstthäter-Garant aus § 21 Ges., kam also noch mit einer Fahrlässigkeitsstrafe davon (§. 26—27); wurde aber jener Beweis nicht erbracht, so haftete er als Zweitthäter-Garant aus § 20 Abs. 2. Es konnte ihm also nichts helfen, wenn das Gericht die volle Überzeugung gewann, daß er den normwidrigen Charakter des Artikels nicht erkannt hatte. Die Zweitthäter-Garantenschaft setzt ja rechtswidrigen Vorsatz (dolus) nicht voraus, nur der nachgewiesene Mangel jeder Schuld wirkt haftausschließend (§. 24). Es hatte also der verantwortliche Redakteur, wenn er bei genauerer, eingehenderer Prüfung den strafbaren Inhalt des Artikels zu erkennen vermochte, die Strafe eines Landesverrätters (der Regel nach Zuchthaus von 2 bis zu 15 Jahren) verwirkt.

Ich glaube, daß auch Detker als Praktiker, als Richter vor derartigen Konsequenzen zurückschrecken würde; unzweifelhaft aber würde eine Rechtsprechung, die zu solchen Verurteilungen führte, im Widerspruch mit dem allgemeinen Rechtsbewußtsein stehen.